

Attac Österreich
Margaretenstraße 166
1050 Wien
Fon +43.1.54400 10
Fax +43.1.54400 59
Mobil +43.664.1510243
Web attac.at
Email infos@attac.at

Privatisierung und Liberalisierung

Die Welt liegt im Privatisierungsfieber. Nicht nur öffentliche Industriebeteiligungen werden verkauft, sondern auch Banken, Energieversorger, Post- und Telekom-Unternehmen, Bahnen und Busse, Krankenhäuser, Kommunalbetriebe, Trinkwasserversorger und sogar Gefängnisse. Die Enteignung des Öffentlichen befindet sich auf dem Höhepunkt. In seiner lateinischen Wurzel bedeutet „privare“ rauben.

Mehr privat, weniger Staat!

Als Margaret Thatcher vor 20 Jahren damit begann, öffentliche Betriebe systematisch zu verkaufen, musste sie erst ein Wort für diesen Vorgang finden. „Mir gefällt das Wort Privatisierung nicht“, sagte sie zur Raub-Vokabel. Dass diese sich dennoch durchsetzte, lag daran, „dass uns nichts besseres einfiel“, bekannte der damalige Energieminister.

Die Eiserne Lady privatisierte nicht, weil der Staat ein schlechter Unternehmer war – die öffentlichen Betriebe spülten 1984 sieben Milliarden Pfund in die britischen Staatskassen – sondern aus ideologischen Gründen. In der neoliberalen Doktrin, die Thatcher – nach Diktator Pinochet in Chile – als erste demokratisch legitimierte Regierungschefin politisch umsetzte, ist der Markt dem Staat grundsätzlich überlegen, weshalb sie die öffentliche Hand schleunigst zurückzog. Damit trat Thatcher die globale Privatisierungswalze los. Seither wird weltweit privatisiert: Vom Kohlebergwerk bis zum Stahlkonzern, vom Tabakwerk bis zum Kasino, vom Waldstück bis zum Wohnbau, vom Telekomkonzern bis zum Verkehrsbetrieb, vom Energie- bis zum Trinkwasserversorger, vom Krankenhaus bis zum Gefängnis. Das Hauptargument der Privatisierer lautet, dass der Staat „ein schlechter Unternehmer“ sei und dass Private billiger und effizienter seien.

Industriebetriebe

Empirisch lässt sich das schon bei Industriebetrieben nicht nachweisen. Das – privatisierungsfreundliche – Institut für Höhere Studien (IHS) kam 2000 anhand 57 untersuchter Stahl- und Flugzeugkonzerne zum Ergebnis, dass es für ein Unternehmen egal sei, ob die EigentümerIn privat oder öffentlich ist. Pleiten kommen im öffentlichen Sektor genauso selten oder häufig vor wie in der Privatwirtschaft. Für jeden „Konsum“ gibt es gleich viele Enrons, Worldcoms, Parmalats, Libros und Ylines. In Österreich gehen jedes Jahr 1,7% aller Unternehmen pleite – zwei Drittel davon aufgrund hausgemachter Fehler.

Aufgrund dieses „Unentschieden“ zwischen Öffentlich und Privat könnte die Frage, ob der Staat unternehmerisch tätig werden soll, anhand der Ziele, die er verfolgen will, beantwortet werden. Ein Blick in die Geschichte mag helfen: Nach dem Krieg suchte der Staat über „strategisches Eigentum“ in industriellen Schlüsselbetrieben das „volkswirtschaftliche Optimum“ – anstelle des „betriebswirtschaftlichen Maximums“. Am Beispiel der Voest lässt sich das volkswirtschaftliche Optimum darstellen:

1. Billiger Stahl – unterhalb der Weltmarktpreise – für den Wiederaufbau.
2. Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik: Während in anderen Ländern die von der Stahlkrise gebeutelten Privatunternehmen Massenentlassungen vornahmen und dadurch Krisenregionen mit Industrieruinen produzierten, hielt Österreich die Beschäftigung hoch und die Arbeitslosigkeit niedrig und z. B. den Standort Donawitz über Gebühr.

3. Die Ausbildung von mehr Lehrlingen, als für den Betrieb nötig sind, um klein- und mittelständischen Unternehmen, die sich diese Ausbildung nicht leisten können, qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen.

4. Technologieimpulse: Das Linz-Donawitz-Verfahren ist nur ein Beispiel. In einem Land, in dem die private Industrieforschungsquote die niedrigste aller Industrieländer ist, darf die öffentliche Hand ruhig etwas anstupsen.

5. Ökologische Sanierung am Standort Linz. Ob sich ein privater Konzern das hätte gefallen lassen und nicht abgewandert wäre?

6. Soziale Sicherheit und Geschlechterdemokratie. Der am schlechtesten verkaufte Vorteil öffentlich Beschäftigter ist, dass sie sozial gut abgesichert sind und dass Frauen gleich viel verdienen wie Männer. Anstatt diese Vorbildwirkung auf den privaten Sektor auszudehnen (ihr sollt es gleich gut haben wie wir), treibt es der Neoliberalismus in die Gegenrichtung: Die Vorreiter werden genauso schlecht gestellt wie die Nachzügler.

Manche dieser Ziele hat die Voest erfüllt, andere verfehlt. Entscheidend ist, dass bei öffentlichen Unternehmen die Gesellschaft definieren kann, welche Unternehmensziele verfolgt werden sollen. Sobald der freie Markt waltet, gilt nur noch das Profitziel – zulasten aller anderen gesellschaftlich wertvollen Ziele. Prompt hat die Voest wenige Wochen nach ihrer Totalprivatisierung angekündigt, Investitionen nicht mehr in Österreich zu tätigen, falls die hohen Umweltstandards nicht gesenkt würden.

Entlastung öffentlicher Kassen?

Privatisierungen werden oft auch mit dem Stopfen von Budgetlöchern argumentiert. Da jedoch Gewinne jährlich anfallen, Verkaufserlöse hingegen nur einmal, werden Privatisierungen rasch zum Verlustgeschäft. Die Voest erzielte 2002 einen Gewinn von 223 Millionen Euro. Der Verkaufspreis für die Republik belief sich auf etwas mehr als das Doppelte. Da sie ein Drittel der Voest besaß, macht sie bereits nach sechs Jahren mit dem Verkauf einen Verlust. Bestenfalls wird hier öffentliches Silber gegen Blech getauscht.

Öffentliche Dienstleistungen

Während die Debatte um öffentliche Industriebeteiligungen vorerst aber ohnehin entschieden scheint – nur noch VA Tech und OMV warten auf ihren Schlussverkauf – gibt es einen Bereich, vor dem die Privatisierungswalze unbedingt Halt machen sollte: die öffentlichen Dienstleistungen. Bei der Bereitstellung von Bildung, Gesundheit, Pensionen, Sicherheit, Trinkwasser, Energie, Mobilität und Kommunikation (Telefon, Post, Internet) versagt nämlich in aller Regel der Markt: Der Grund: Während die öffentliche Hand gemeinnützige Ziele verfolgt – universale Versorgung (auch derer, die es sich nicht leisten können oder die in entlegenen Gebieten wohnen), hohe Qualität,

Versorgungssicherheit, Beschäftigung und Umweltschutz – suchen private Aktiengesellschaften ausschließlich den Gewinn. Sie können gar nicht anders: Gemeinnützige Ziele sind aus betriebswirtschaftlicher Sicht schwere Managementfehler und werden von den Finanzmärkten bestraft.

Liberalisierungen und Privatisierungen führen deshalb in aller Regel und weltweit zu steigenden Preisen, sinkender Qualität und Versorgungssicherheit, zur Aufgabe von Umweltzielen sowie zu massivem Abbau von Beschäftigten. Die Beispiele reichen von den britischen Eisenbahnen und Schulen über US-amerikanische Krankenversicherer und Energieversorger bis hin zu Post und Pensionen in Österreich.

Als Ausnahmen von dieser Regel und daher als Liberalisierungserfolge gelten – zumindest derzeit noch – Strom und Telekom. Doch die Strompreise ziehen bereits wieder kräftig an (während die Blackouts grassieren), und auch bei Telekom zeichnet sich ab, dass die – hochverschuldeten – Anbieter zum Oligopol zusammenwachsen, was steigende Preise zur Folge haben wird. Außerdem stehen durch die Liberalisierung sämtliche gemeinnützigen Ziele auf dem Spiel: Versorgung entlegener Gebiete, Erhalt der Festnetzinfrastruktur inklusive Telefonzellen, soziale Preisgestaltung und Befreiung Bedürftiger von der Grundgebühr; WenigtelefonierInnen sind aufgrund stark gestiegener Fixkosten schon heute mit höheren Telefonrechnungen konfrontiert als vor der Liberalisierung. Die größte Gefahr aber: Mit dem vorläufigen Telekom-Erfolg wird die Liberalisierung aller anderen öffentlichen Dienstleistungen begründet.

Liberalisierung führt zu Privatisierung

Viele Liberalisierer sagen: Niemand wolle das öffentlichen Eigentum antasten, es werde bloß ein bisschen Markt geöffnet und Konkurrenz zugelassen, um die staatlichen Monopolisten mit dem frischen Wind des Wettbewerbs zu entstauben. Doch bei dem bisschen Wettbewerb bleibt es nicht. Denn wenn der öffentliche Strom-, Telefon-, Post-, Bahn- oder Rundfunk-Monopolist in Wettbewerb mit privaten Konkurrenten tritt, muss er sich zwangsläufig mit ihnen messen – nach rein betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien. Seine gemeinnützigen Leistungen – Universalversorgung, soziale Tarife, Qualität, Versorgungssicherheit – sind ihm dabei eine verhängnisvolle Last. Er hat die Wahl: Entweder behält er seinen gemeinnützigen Auftrag bei – dann wird er im Wettbewerb unterliegen. Oder aber er wirft seinen gesellschaftlichen Auftrag über Bord, verhält sich zunehmend wie ein Privater, wird als GesmbH ausgegliedert oder gleich in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, erst teil- und schließlich vollprivatisiert. Das war und ist der übliche Vorgang bei Post, Telekom und Energieversorgern und steht uns demnächst auch bei Bahn, Trinkwasser und Rundfunk ins Haus. Die angeblich so harmlose Liberalisierung führt zwangsläufig zur Enteignung der Gesellschaft.

Rosinenpicken: Der Postbus

Nicht alles wird privatisiert: Während der Staat den gesamten Kuchen bäckt, picken Private nur die Rosinen – Beispiel Postbus: Ein Drittel der Linien ist defizitär, ein Drittel schreibt eine schwarze Null, ein Drittel macht Gewinne. Preisfrage: Warum lautet der Regierungsauftrag nicht „Postbus privatisieren“, sondern „30% des Postbus privatisieren“? Natürlich deshalb, weil sich private Käufer nur für die gewinnbringenden Linien finden werden. Der Rest bleibt beim Staat, mit absehbaren Folgen: Das Defizit des Postbus wird explodieren, der Staat als „schlechter Unternehmer“ gebrandmarkt und eine ganze Reihe weiterer Postbusse den Betrieb einstellen. Der Name des Spiels ist bekannt: Privatisierung von Gewinnen, Vergesellschaftung von Verlusten.

Kosten der Privatisierung

Privatisierungskosten sind typischerweise nicht Gegenstand von Privatisierungsdiskussionen und werden stillschweigend von der Allgemeinheit übernommen. Zu diesen Kosten zählen nicht nur die oft großzügigen Entschuldungen von Betrieben, um den Privaten einen reibungslosen Start zu ermöglichen; der Erhalt Hunderttausender Liberalisierungsoffer als Arbeitslose (alleine innerhalb der EU 150.000 im Telekom-Sektor, 250.000 im Energiebereich und 500.000 bei der Bahn) sowie die Folgeschäden in Milliardenhöhe aufgrund unterlassener Investitionen (Beispiele: Stromausfälle in den USA, die Bekämpfung der – infolge der Trinkwasserprivatisierung ausgebrochenen – Cholera-Epidemie in Südafrika, die Sanierung privater „durchgerosteter“ Mülldeponien wie jüngst in Pill). Hinzu kommt: Scheitert letztlich das riskante Experiment – siehe Railtrack –, muss die Öffentlichkeit auch noch die Kosten des Rückkaufs und Wiederaufbaus tragen. Sie drücken allesamt auf das Budget und vereiteln den neoliberalen Traum vom „schlanken Staat“.

Zukunft: Nur noch Grundversorgung?

Das Postbusbeispiel ist ein Hinweis darauf, wie die Zukunft aussehen wird, wenn Liberalisierung und Privatisierung „erfolgreich“ zu Ende geführt werden: Die öffentliche Hand stellt nur noch eine dünne, aber teure Grundversorgung sicher, der Rest muss – im Sinne der neuen Eigenverantwortung – am freien Markt eingekauft werden. Das führt direkt in die Zwei-Klassen-Gesellschaft. Schlechte, öffentliche Schulen und Krankenhäuser, Mindestpensionen auf der einen Seite; hohe Schul- und Studiengebühren, teure Privatkliniken und Postdienste auf der anderen.

Regulierungsdilemma: Tauziehen mit Global Players

Ein weiteres Argument der Liberalisierungsfreunde lautet: Es sei doch egal, dass öffentliche Dienstleistungen nun von Privaten erbracht werden, solange diese von der öffentlichen Hand reguliert werden – um zumindest in Ansätzen gemeinnützige Ziele zu verfolgen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen jedoch kein wirksames Greifen von Regulierungen – aus mehreren Gründen:

1. Liberalisiert wird nicht, um zu regulieren, sondern um zu deregulieren. Wenn ein Staat einen öffentlichen Versorgungsbereich liberalisiert und den Privaten das Feld überlässt, dann tut er das, um sich zurückzuziehen, und nicht um plötzlich groß Politik zu machen.
2. Die Regulierten wollen nicht reguliert werden. Multinationale Konzerne pflegen sich mit allen Mitteln gegen handelshemmende und gewinnreduzierende Regulierungen zur Wehr zu setzen. Davon abgesehen haben die meisten (armen) Länder gar keine Mittel, funktionierende Regulatoren oder andere Kontrollbehörden zu aufzubauen.
3. Je strenger (erfolgreicher) reguliert würde, desto uninteressanter würde es für Private, weil ihre Kostenvorteile wegfallen. Hier kommt der ganze Widerspruch eines öffentlich regulierten Marktes zum Vorschein: In dem Maße, in dem versucht wird, aus profitorientierten Versorgern durch Regulierung gemeinnützige zu machen, wird es für sie uninteressant, da kann man sie gleich öffentlich lassen.
4. Selbst wenn es Staaten gelingen sollte, Regulierungen im öffentlichen Interesse durchzusetzen, könnten diese von der WTO wieder ausgehebelt werden. Denn staatliche Eingriffe machen sich in der WTO grundsätzlich als „Handelshindernisse“ verdächtig und können vor dem WTO-Schiedsgericht geklagt werden.

Liberalisierungsleiter

Liberalisierungen und Privatisierungen finden auf allen Ebenen statt. Das „Familiensilber“ wird auf nationalstaatlicher und kommunaler Ebene veräußert, immer öfter gar nicht mehr mit dem Argument der angeblichen Überlegenheit Privater, sondern unter Hinweis auf leere Staats- und Gemeindegassen. Die meisten Liberalisierungen – bei Telekom, Strom, Post und Bahn – gingen bisher von der EU aus, ihr Ziel ist die „Vollendung“ des Binnenmarktes. Die „krönende“ Ebene ist die WTO: Diese packt – mittels GATS – selbst dort kräftig zu, wo sich die EU-Kommission noch nicht traut: Trinkwasser, Bildung, Gesundheit. Die zwei großen Unterschiede: 1. In der WTO wird die Regulierung liberalisierter Dienstleistungen schwieriger, weil Gesetze grundsätzlich als Eingriffe in den freien Markt und als „Handelshindernisse“ gewertet werden. 2. Liberalisierungen sind auf WTO-Ebene prinzipiell unumkehrbar, selbst wenn sie katastrophal fehlschlagen. Aus diesem Grund hat Attac seine erste Kampagne ganz dem GATS gewidmet. Generell gilt aber: Liberalisierung/Privatisierung ist ein und dasselbe Projekt, das auf mehreren Fronten gleichzeitig angreift.

Trickreiche Tarnungen

Privatisierung kommt oft auf schleichenden Sohlen oder in schwer zu erkennenden Masken:

New Public Management (NPM) bedeutet, dass öffentliche Einrichtungen zwar noch öffentlich sind, sich aber zunehmend wie private verhalten: Nicht mehr gemeinnützige Ziele stehen im Vordergrund, sondern betriebswirtschaftliche Effizienz. Vor der Privatisierung werden alle öffentlichen Unternehmen dieser radikalen Kostendiät unterzogen.

Public Private Partnership (PPP) steht für Händchenhalten zwischen Markt und Staat, manchmal mit Erfolg, oft genug aber übernimmt der Staat Risiko und Kosten, und der Private die Rendite. So geschehen bei der Trinkwasserversorgung in Berlin, wo die Wasserkonzerne Vivendi und RWE eine Verzinsung von 9% zugesichert bekamen. In Oberösterreich hat der Landesrechnungshof die teure Partnerschaft des

Landes mit der Raiffeisenbank bei der Umfahrung Ebelsberg bei Linz kritisiert: Die Zinskosten betragen mehr als ein Drittel der Baukosten! Und die geplante Muster-PPP „Tollcollect“, die eine elektronische Autobahnmaut für Deutschland entwickeln sollte, wurde zum Mega-Flopp.

Cross-Border-Leasing (CBL) ist eine „kreative“ Form der Kostensenkung durch Ausnutzung eines (vorübergehenden) Steuerschlupflochs in der US-amerikanischen Gesetzgebung: Öffentliches Eigentum – Kraftwerke, Schienenstränge, U-Bahn-Ganituren – werden verleast und zurückgeleast. Für den US-amerikanischen Geschäftspartner gilt dies als „Investition“, die er von der Steuer abschreiben konnte. Vom Gewinn bekommt die z. B. österreichische Gemeinde nur ein paar Prozent. Bei einem Mindest-Transaktionsvolumen von 150 Mio. Euro sind das dennoch willkommene Tropfen für die chronisch leeren Gemeindekassen.

Alternativen zur totalen Privatisierung

1. Die Politik – die Bevölkerung, wir alle – müssen definieren, was öffentlich sein / erbracht werden soll und was nicht.
2. Bei öffentlichen Gütern und Dienstleistungen geht es um Menschen und ihr Recht auf Grundversorgung (Gesundheit, Trinkwasser, Bildung, Alterssicherheit, Mobilität, Energie, Kommunikation) und nicht um Profite. Der Staat darf sich daher in diesen Bereichen nicht wie ein Betriebswirt oder gar wie eine Aktiengesellschaft verhalten, sondern er muss gemeinnützige und volkswirtschaftliche Ziele in den Vordergrund stellen.
3. Die öffentliche Kontrolle – Mitentscheidung und Mitbestimmung – muss stark ausgebaut werden: Speziell bei den öffentlichen Dienstleistungen sollten die NutzerInnen und die Beschäftigten über die Unternehmensziele mitentscheiden, um so ihre soziale Akzeptanz und Effizienz zu maximieren.
4. Öffentliche Unternehmen und Dienstleistungen dürfen nicht finanziell ausgetrocknet werden, sondern müssen die für die Erreichung der gesellschaftlich gewünschten Ziele – Versorgung aller bei hoher Qualität und Sicherheit – nötigen Finanzmittel auch verlässlich bekommen. In einer ständig reicher werdenden Volkswirtschaft können wir uns das leisten. Auch wenn uns die neoliberalen Umverteiler ständig weismachen wollen, dass in einer wachsenden Volkswirtschaft die Mehrheit der Bevölkerung ständig sparen und kürzer treten muss. In den letzten 25 Jahren hat sich der Beitrag der Gewinnsteuern zur Staatsfinanzierung halbiert und derjenige der Vermögenssteuern ist gleich um zwei Drittel gesunken. Würden Gewinne und Vermögen nur so hoch besteuert wie in den siebziger Jahren, hätten sowohl Deutschland als auch Österreich saftige Budgetüberschüsse und könnten sich eine entsprechende öffentliche Infrastruktur spielend leisten. Mehr dazu beim Attac-Positionspapier „Steuergerechtigkeit“.

Globalisierung braucht Gestaltung – Attac braucht Ihre Unterstützung:

PSK Kto-Nr. 92.145.148
BLZ 60000
IBAN AT576000000092145148
BIC OPSKATWW